



Hinweis nach § 11 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz

Nach § 14 Abs. 1 der Gewerbeordnung (GewO) sind der Beginn eines selbständigen Betriebs eines stehenden Gewerbes oder einer unselbständigen Zweigstelle sowie die Verlegung, Änderung, Erweiterung und Aufgabe des Betriebs der zuständigen Behörde anzuzeigen. Gleiches gilt nach § 55 c Gewerbeordnung für die selbständige Ausübung bestimmter reisegewerbekartenfreier Tätigkeiten.

Die Gewerbeanzeige dient der Überwachung der Gewerbeausübung sowie dem Zweck, statistische Erhebungen nach Maßgabe des § 14 Abs. 3 - 11 GewO zu ermöglichen.

Ordnungswidrig handelt, wer eine Gewerbeanzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 1.000 € geahndet werden.

Daten aus der Gewerbeanzeige werden nach § 14 Gewerbeordnung regelmäßig übermittelt an:

- das Landratsamt bzw. die Verwaltungsgemeinschaft
- das Finanzamt
- das Statistische Landesamt
- die Handwerkskammer
- das Eichamt
- den Landesverband Südwestdeutschland der gewerblichen Berufsgenossenschaften
- das Registergericht, soweit es sich um die Abmeldung einer im Handelsregister eingetragenen Haupt- oder Zweigniederlassung handelt